

ZEITGESCHICHTE

Braune Hilfe

Vor 40 Jahren überschattete das Olympia-Massaker die Münchner Sommerspiele. Akten des Verfassungsschutzes belegen nun, dass die palästinensischen Terroristen mit Neonazis kooperierten – und die Staatsschützer davon wussten.

Die Männer, die am späten Abend des 27. Oktober 1972 im Haus des ehemaligen Waffen-SS-Mannes Charles Jochheim in München festgenommen wurden, waren bewaffnet wie Soldaten auf dem Weg an die Front. In einer Reisetasche fand die Polizei drei Schnellfeuergewehre, Marke Kalaschnikow, sechs Magazine, 174 Schuss Munition, zwei Pistolen, einen Revolver und sechs Handgranaten aus belgischer Produktion.

Die beiden Festgenommenen trugen außerdem Waffen am Mann, Wolfgang Abramowski im Hosenbund, sein Komplize Willi Pohl wurde mit zwei Pistolen und einer Handgranate gestellt, wie der Ermittlungsbericht der Münchner Kriminalpolizei ausführt.

Pohl und Abramowski waren von einem Kameraden der „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland“, einer rechtsextremen Splittergruppe, verrat worden. Angeblich wollten die beiden mit den Waffen einen inhaftierten Gesinnungsgenossen befreien, doch daran hegten die Ermittler schon bald Zweifel.

Denn unter den Papieren, die Abramowski und Pohl mit sich führten, war ein Drohbrief an einen Münchner Richter, der eines der erschütterndsten Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte aufklären sollte – das Massaker während der Olympischen Sommerspiele.

Palästinensische Freischärler des sogenannten „Schwarzen September“, einer Terrorgruppe der PLO, hatten am 5. September 1972 im Olympischen Dorf neun israelische Sportler als Geiseln genommen und verlangten die Entlassung von einigen hundert Palästinensern aus israelischer Haft. Als die Polizei die Israelis auf dem Militärflughafen Fürstenfeldbruck, wo die Attentäter ihre Opfer in zwei Hubschraubern festhielten, zu befreien versuchte, ermordeten die Terroristen alle Geiseln; auch ein Polizist starb im Feuergefecht. Von dem PLO-Kommando überlebten drei, und gegen diese ermittelte der Richter, an den das Schreiben aus dem Gepäck von Pohl und Abramowski adressiert war.

In dem Brief drohte der „Schwarze September“ dem Juristen mit Vergeltung, „falls er weiterhin israelische Geheim-

dienstbeamte an den Vernehmungen der Olympia-Terroristen teilnehmen lasse“. Dass dies kein Scherz rechtsextremer Trittbrettfahrer war, bewies die Untersuchung der bei Pohl und Abramowski beschlagnahmten Waffen.

Im „Schlussbericht“ der Münchner Kriminalpolizei vom 23. Juli 1973 heißt es: „Als zusätzliches Indiz für den Zusammenhang der Straftaten Pohls und seiner Mittäter mit dem Anschlag auf das Olympische Dorf in München darf gewertet werden, dass die ... sichergestellten Maschinenkarabiner und Handgranaten glei-

ne Unterlagen zu dem Olympia-Attentat. In den Papieren finden sich vertrauliche Analysen und Vermerke, die Korrespondenz der Behörde mit dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Bundeskriminalamt (BKA) – und eben Polizeiberichte. Muss die Geschichte des Olympia-Anschlags aufgrund dieser bisher geheimen Quellen in neuem Licht betrachtet werden?

In Teilen ja.

Denn bislang gingen viele Experten davon aus, dass es Linksextremisten waren, die mit dem „Schwarzen September“ in



Einmarsch der israelischen Mannschaft ins Olympia-Stadion 1972: Alle Geiseln ermordet

che Typenmerkmale aufweisen wie die von den Freischärlern ... verwendeten Waffen.“

Der Verdacht, dass die deutschen Neonazis Pohl und Abramowski mit Palästinensern auf dem Felde des Terrors gemeinsam marschierten, war damit so gut wie bewiesen.

Der Polizeibericht gehört zu einem über 2000 Seiten umfassenden Aktenbestand, den das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln auf Antrag des SPIEGEL jüngst freigegeben hat. Erstmals öffnete ein Geheimdienst damit sei-

Verbindung gestanden und beispielsweise bei der Besorgung von Unterkünften in München geholfen hätten. Es gab ja auch Indizien für eine entsprechende Kooperation, etwa ein Jubelpamphlet von RAF-Gründerin Ulrike Meinhof, die das Massaker später lobte, weil es „das Wesen imperialistischer Herrschaft durchschaubar gemacht“ habe. Oder die Aussage eines Terror-Aussteigers, der 1978 im SPIEGEL behauptete, ihm sei von einem Genossen erzählt worden, die Splittergruppe „Revolutionäre Zellen“ habe bei der „Quartiermache“ des Palästin-

ser-Kommandos „die Finger drin“ gehabt.

Den vom Verfassungsschutz freigegebenen Unterlagen zufolge muss man solche Aussagen als Legenden betrachten.

Der „Schwarze September“ benötigte keine deutsche Logishilfe. Die Männer waren teilweise schon Wochen vor der Geiselnahme angereist, und sie verfügten über reichlich Bargeld. Ihre Unterkünfte besorgten sie sich selbst, was im überfüllten München während der Spiele indes nicht einfach war. Statt wie geplant gemeinsam unterzukommen, mussten sie sich auf mehrere Hotels verteilen.

Einer der Anführer, Spitzname „Tony“, schaltete sogar eine Anzeige in der „Süddeutschen Zeitung“: „Looking for living with family.“ Die geschiedene und ahnungslose Anwaltsgattin Hertha N. nahm „Tony“ als Untermieter auf.

Es lägen „keine Erkenntnisse“ vor, dass deutsche Linksextremisten den Attentätern Unterstützung gewährt hätten, resümierte denn auch der Verfassungsschutz Anfang 1973 in einem Schreiben an den BND.

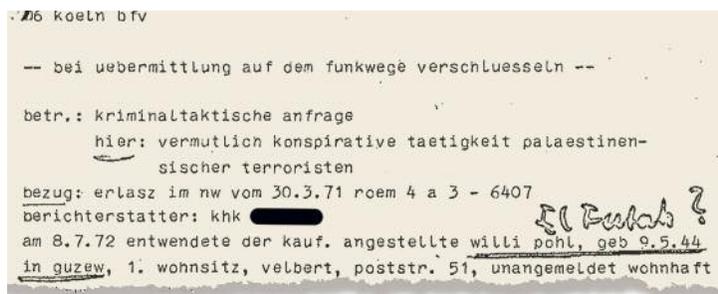
Anders sah es mit den deutschen Rechten aus, mit Pohl und Abramowski. Knapp zwei Monate vor dem Anschlag übermittelte die Dortmunder Polizei ein Fernschreiben an den Verfassungsschutz, in dem Polizisten nach Erkenntnissen des Geheimdienstes fragten. In der Betreffzeile hieß es: „Vermutlich konspirative Tätigkeit palästinensischer Terroristen“. Im Text ging es um Willi Pohl und seine Verbindung zu Mohammed Daud, Kampfname Abu Daud, dem Drahtzieher des Anschlags von München.

Wäre der Anschlag von München zu verhindern gewesen, wenn der Verfassungsschutz, aber auch die ebenfalls in Kenntnis gesetzten Landeskriminalämter in Düsseldorf und München sowie das BKA die Bedeutung des Fernschreibens richtig eingeschätzt hätten?

Willi Pohl ist heute ein unter anderem Namen erfolgreicher Krimi-Autor, der sich schon vor Jahrzehnten von Terrorismus und Gewalt glaubhaft losgesagt und darüber einen Roman geschrieben hat.



Attentäter im Olympischen Dorf: Schon Wochen zuvor angereist



Telex der Dortmunder Polizei vom 15. Juli 1972: Früher Hinweis

Das Drehbuch für manchen norddeutschen „Tatort“ stammt aus seiner Feder. Ein inzwischen 68 Jahre alter Mann, der sich auf ein Gespräch mit dem SPIEGEL nur eingelassen hat unter der Bedingung, dass er nicht abgebildet wird.

Im Sommer 1972 war der in Ostpreußen geborene Pohl 28 Jahre alt, ein drahtiger Blondschof aus einfachen Verhältnissen, mehrfach wegen schweren Diebstahls verurteilt. Auch seinem Chef hatte er Geld entwendet, weshalb dieser der Polizei berichtete, Pohl bekenne sich zum radikalen Flügel der PLO und habe sich

mit einem Mann „arabischen Aussehens“ getroffen, der im Dortmunder Hotel „Römischer Kaiser“ logierte. Schnell fand die Polizei heraus, dass dort ein Saad Walli abgestiegen war. Saad Walli war ein Deckname von Abu Daud.

In den jetzt freigegebenen Unterlagen gibt es keinen Hinweis darauf, dass die von der Dortmunder Polizei informierten Landeskriminalämter, das BKA oder der Verfassungsschutz etwas unternommen hätten, um den verdächtigen Walli zu finden. Und so konnte Abu Daud alias Saad Walli nach Aktenlage unbehelligt vor und während des Anschlags im Münchner „Eden Hotel Wolff“ wohnen, von dort mit seinen Kumpanen in Libyen und in Tunesien telefonieren und sich mit den Attentätern treffen.

Die Verbindung zwischen Pohl und Abu Daud war über einen deutschen Neonazi zustande gekommen, der gemeinsam mit den Palästinensern in Jordanien gekämpft hatte. Dem damals 35-jährigen Abu Daud, einem Lehrer aus Jerusalem mit jungenhaftem Gesicht und schmalen Oberlippenbart, war die politische Haltung des blauäugigen Pohl nach eigener Aussage gleichgültig. Er habe Leute wie diesen als „sehr nützlich für unsere Zukunft“ betrachtet, erklärte Daud später.

In Dortmund brauchte Daud die Hilfe des damaligen Neonazis. Pohl sollte ihm mehrere Mercedes-Limousinen kaufen, was der Deutsche auch tat. Außerdem suchte Daud einen professionellen Passfälscher, woraufhin Pohl seinen Knastkumpel Abramowski vorstellte. Der

28-Jährige, wie Pohl ein Vertriebener aus Ostpreußen, galt als Profi.

Pohl ist sich heute nahezu sicher, dass er seinerzeit unwissend in die Vorbereitungen des Olympia-Attentats eingebunden war: „Ich habe Abu Daud quer durch die Bundesrepublik chauffiert, wo er sich in verschiedenen Städten mit Palästinensern getroffen hat.“ Nur in Köln traf sich der PLO-Mann mit Arabern, die im Anzug und mit Krawatte erschienen: Diplomaten, wie Pohl glaubt, Angehörige der libyschen Botschaft in Bonn. Ende Juli verließen dann Pohl und Abramowski

nach eigener Aussage die Bundesrepublik und reisten über Rom in den Libanon.

Wie Abramowski später der Staatsschutz-Abteilung des BKA erzählte, bezogen er und Pohl einen Flachdachbungalow in einem Dorf nahe Beirut. Fast jeden Abend wurde Abramowski von einem PLO-Funktionär abgeholt und zu einer Druckerei in die Hauptstadt gebracht, in der er nach eigenen Angaben kuwaitische und libanesishe Pässe fälschte, in amerikanischen und französischen Papieren Namen änderte und Passfotos austauschte. Ungeklärt ist bis heute, ob die Münchner Attentäter Pässe aus Abramowskis Werkstatt benutzten, um in die Bundesrepublik einzureisen.

Pohl zufolge wusste er damals noch nichts von dem geplanten Anschlag in München. Erst am 24. August, zwölf Tage vor dem Gewaltakt, seien die Palästinenser konkreter geworden und hätten von einem „spektakulären Terroranschlag“ gesprochen.

Das Wort „München“ fiel Pohls Erinnerung nach nicht, aber von einer Geiselnahme in der Bundesrepublik sei die Rede gewesen. 20 Israelis wolle man gegen zweihundert Gesinnungsgenossen in israelischer Haft austauschen. Eine angeblich unblutige Angelegenheit. Was wohl die deutsche Öffentlichkeit davon halten werde?

Pohl will eine internationale Pressekonferenz in Wien vorgeschlagen haben, die er gemeinsam mit einem PLO-Funktionär abhalten sollte („Die Sache muss gerechtfertigt werden“). Über Paris sei er nach Wien geflogen, und dazu passt die damalige Aussage seines Kompagnons Abramowski gegenüber dem BKA: Pohl sei während der Olympischen Spiele in Österreich gewesen, „um dort etwas für die Palästinenser zu erledigen“.

Als Pohl in Wien im Fernsehen sah, dass die Geiselnahme gescheitert war, setzte er sich ab. Einige Tage später war der Deutsche wieder im Nahen Osten, wo nun der PLO-Geheimdienstchef Abu Ijad auf Rache sann. So erzählt es Pohl. Das Desaster der Operation in München lastete Abu Ijad demnach vor allem den deutschen Behörden an. Zudem habe Ijad dem Gerücht geglaubt, israelische Offiziere hätten den gescheiterten Befreiungseinsatz der Polizei geleitet.

Damit hatte die Bundesrepublik aus der Sicht des PLO-Mannes Partei ergriffen im Krieg zwischen Israel und den Palästinensern; ein Feind, der bekämpft werden musste. Ijad bat Pohl nach dessen Angaben um Vorschläge für Aktionen gegen deutsche Ziele – und der präsentierte einige Tage später in Kairo einen wahnwitzigen Plan, wie er heute einräumt.



Ausgebrannter Hubschrauber auf dem Flughafen

Mehrere Rathäuser der Bundesrepublik sollten besetzt und Lokalpolitiker als Geiseln genommen werden. Dann sollte ein Kommando an Heiligabend 1972 den Kölner Dom stürmen. Eine Liste mit Forderungen an die Bundesrepublik und andere Staaten sollte so durchgesetzt werden.

Die Operation habe den Decknamen „Moschee“ bekommen.



Fürstenfeldbruck: Baugleiche Handgranaten

Mitte Oktober reisten Pohl und Abramowski nach Madrid, um Waffen für diese und andere Aktionen in Empfang zu nehmen. Den Transport nach Deutschland erledigten Pohl und Abramowski, die mit dem Zug über Paris nach München reisten. Das ist die Version Pohls, die durch die Akten im Prinzip gedeckt wird.

Bevor sie ihren Plan in die Tat umsetzen konnten, wurden Pohl und Abramowski jedoch verraten und festgenommen. Dass die beiden Neonazis mit den Hintermännern des Olympia-Attentats in engem Kontakt stehen mussten, schlossen die Ermittler vor allem aus den bei ihnen gefundenen Handgranaten. Denn diese stammten, wie es in einem Polizeibericht heißt, aus einer „äußerst seltenen Fabrikation“: belgische Granaten mit schwedischem Sprengstoff, die nur für Saudi-Arabien produziert worden waren. Mit baugleichen Sprengkörpern hatten die PLO-Terroristen während des gescheiterten Befreiungsversuchs in Fürstenfeldbruck ihre Geiseln ermordet.

Und natürlich steht damit die Frage im Raum, ob dasselbe rechtsradikale Netzwerk auf demselben Wege über Madrid und Paris auch schon die Waffen für die Münchner Attentäter nach Bayern gebracht hatte. Bis heute ist die Frage ungeklärt. Pohl bestreitet dies; der Weg über Madrid sei seine Idee gewesen und erst nach den Olympischen Spielen benutzt worden. Er mutmaßt vielmehr, dass libysche Diplomaten in der Bundesrepublik dabei halfen, die Kalaschnikows und Handgranaten für das Münchner Kommando ins Land zu bringen.

Die deutsche Justiz behandelte Pohl und Abramowski erstaunlich milde. Die

Ermittlungen wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ verliefen im Sande. Und das, obwohl „Operationspläne für Geiselnahmen“, die „auf Entführungen nicht näher bezeichneter Persönlichkeiten in Essen, Bochum und Köln schließen“ ließen, unter den Asservaten waren.

Die beiden Deutschen wurden 1974 lediglich wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt: Abramowski zu einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten, Pohl zu 26 Monaten Gefängnis. Nur vier Tage nach dem Richterspruch war Pohl wieder frei und setzte sich nach Beirut ab. Über die Gründe für so viel Nachsicht findet sich in den Akten nichts.

Womöglich fürchteten die Behörden, dass die Palästinenser versuchen könnten, Pohl ebenso freizupressen wie die drei überlebenden Täter des Olympia-Anschlags: mit der Entführung eines deutschen Verkehrsflugzeugs. Wenige Tage nach Pohls Festnahme hatten Fatah-Terroristen eine Lufthansa-Maschine auf dem Weg nach Frankfurt gekapert. Die Bundesregierung gab nach – die drei Männer wurden nach Libyen ausgeflogen.

FELIX BOHR, GUNTHER LATSCH,
KLAUS WIEGREFE